

G I G G A *Focus*

German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 9

2012

ISSN 1862-3573

Hugo Chávez vor der Wiederwahl?

Leslie Wehner und Richard Georgi

Am Sonntag, dem 7. Oktober 2012, finden in Venezuela Präsidentschaftswahlen statt. Der Ausgang der Wahl, bei der sich der Amtsinhaber Hugo Chávez und der Kandidat des Oppositionsbündnisses, Henrique Capriles, gegenüberstehen, ist so offen wie nie zuvor in Chávez' bald 14-jähriger Amtszeit.

Analyse

Die Präsidentschaftswahl stellt die Venezolaner vor eine grundlegende Richtungsentscheidung: Bei einem Sieg Chávez' ist die weitere Verfestigung seines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu erwarten; bei einem Sieg Capriles' stünde die vermutlich konfliktreiche Abkehr vom radikalen Projekt der „Bolivarischen Revolution“ an.

- Der Wahlkampf verdeutlicht die Spaltung der venezolanischen Bevölkerung in zwei Lager. Die Wahl ist weniger ein Votum über die Führungsqualitäten der beiden Kandidaten als vielmehr über das Gesellschaftsmodell, das sie verkörpern.
- Der Wahlkampf ist auf beiden Seiten von aggressiver Rhetorik geprägt. Inhaltliche Schwerpunkte sind Probleme der öffentlichen Sicherheit, der Inflation, der Reformen im Sozialsystem sowie der Ausgestaltung der Demokratie.
- Im Fall seiner Wiederwahl muss sich Chávez dem Problem stellen, dass sich innerhalb seiner Bolivarischen Bewegung keine Führungspersonlichkeiten profiliert haben, die seine Position einnehmen könnten, falls seine Krebserkrankung fortschreiten sollte.
- Sollte Capriles gewählt werden, steht dieser vor drei grundlegenden Herausforderungen: die Akzeptanz des Wahlergebnisses durch das Chávez-Lager zu gewinnen; die Koalition der politischen Kräfte, die sich auf die Unterstützung seiner Kandidatur geeinigt hatten, auch über den Wahltag hinaus zusammenzuhalten; sowie mit der zu erwartenden Fundamentalopposition der Bolivarischen Bewegung umzugehen, ohne die Polarisierung des Landes weiter zu verschärfen.

Schlagwörter: Venezuela, Präsidentschaftswahlen, Bolivarische Revolution, Hugo Chávez

LATEINAMERIKA



Die Präsidentschaftswahl

Die Bürger und Bürgerinnen Venezuelas stimmen am 7. Oktober 2012 darüber ab, ob das Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ unter Hugo Chávez fortgesetzt oder ob die Politik des Landes entsprechend den Ideen von Henrique Capriles und des Oppositionsbündnisses Koalition für Demokratische Einheit (Mesa de la Unidad Democrática) neu ausgerichtet wird. Chávez' Ziel, seine Vision von Venezuela in einer vierten Amtszeit als Präsident (2013-2019) weiter zu verankern, wird durch Henrique Capriles ernsthaft gefährdet. Dieser konnte im Wahlkampf seine Botschaft eines notwendigen Wandels überzeugend vortragen und sich als ernstzunehmender Herausforderer etablieren. Ins Zentrum seiner Kampagne rückte Capriles vor allem die Demokratisierung des Staates und die Unterstützung der Mittelklasse, bekannte sich aber auch zur Fortführung der unter Chávez eingeleiteten sozialen Programme für die armen Bevölkerungsschichten. Meinungsumfragen zeigen keine einheitliche Tendenz bezüglich des Wahlausgangs und deuten darauf hin, dass am 7. Oktober 2012 ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten bevorsteht.

Ob Hugo Chávez eine weitere sechsjährige Präsidentschaftszeit gewährt werden wird, ist zum einen wegen seines gesundheitlichen Zustandes fraglich; zum anderen gibt es Bedenken, ob sich nach 13 Jahren bisheriger Amtszeit nicht eine politische Abnutzung seines Projekts abzeichnet. Innenpolitische Probleme, besonders bei der inneren Sicherheit, und die Aushöhlung demokratischer Strukturen durch Korruption nähren in Venezuela den Wunsch nach einem Wandel, wie Capriles ihn den Wählern anbietet. Der Wahlkampf spiegelte die politische Polarisierung der venezolanischen Gesellschaft während der Amtszeit von Hugo Chávez. Der Ausgang der Präsidentschaftswahl kann deshalb als Urteil über sein politisches Schicksal und die von ihm seit 1999 geführte Bolivarische Revolution angesehen werden.

Aufbau und Auswirkungen der Bolivarischen Revolution

Hugo Chávez befindet sich am Ende seiner dritten Amtsperiode: 1999-2000, 2000-2006 und 2006-heute.¹

¹ Die 1999 neu verabschiedete Verfassung erforderte Neuwahlen im Jahr 2000.

Zu Beginn seiner Regierungszeit verfolgte Chávez zunächst eine eher als marktfreundlich und fiskalisch konservativ einzuschätzende Politik (Hawkins 2010: 19). Allerdings baute der Staat seinen Zugriff auf das wirtschaftliche System seit 2002 stetig aus. Die hierdurch entstandenen Spannungen mit den traditionellen wirtschaftlichen Eliten verstärkten sich durch die Umverteilung der Einkommen aus der Ölförderung. Die Regierung Chávez reinvestierte die Finanzmittel in soziale Programme, was dem Präsidenten Popularität in breiten Teilen der Bevölkerung sicherte und seine Anhängererschaft vergrößerte. Die traditionellen politischen und ökonomischen Eliten wurden dagegen nicht mehr an den Gewinnen beteiligt und von den Entscheidungsprozessen über die Verwendung der Einkommen aus der Ölindustrie ausgeschlossen. Diese Umgestaltung des wirtschaftlichen Systems gilt als Ausgangspunkt für den Bruch zwischen der Regierung Chávez und den traditionellen venezolanischen Eliten.

Der umfangreiche politische Reformprozess in Venezuela durch die Regierung Chávez begann mit der Ersetzung der seit 1961 gültigen Verfassung durch eine neue, 1999 per Volksentscheid angenommene Verfassung. Hierdurch erweiterte sich die Gewaltenteilung durch direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten; gleichzeitig erhielt der Präsident größere Machtbefugnisse. In der Folgezeit verringerte sich die Anzahl politischer Gegenspieler in den öffentlichen Institutionen. Macht- und Schlüsselpositionen wurden von Chávez mit loyalen Anhängern besetzt. Damit wurde sowohl das Fundament für die Bolivarische Revolution gelegt als auch die Basis für die Spaltung der Gesellschaft in deren Anhänger und Gegner.

Der fehlgeschlagene Staatsstreich im April 2002 markiert dabei den kritischen Moment der politischen Konsolidierung des Chávez'schen Projekts. Die am Putsch beteiligten oppositionellen Kräfte verloren in der Bevölkerung Glaubwürdigkeit und Unterstützung. Die Implementierung der Bolivarischen Revolution stieß danach nur noch auf geringen innenpolitischen Widerstand. Während die Opposition zerstritten blieb, verschaffte Chávez der durch den Putschversuch gewachsene gesellschaftliche Rückhalt die nötige Legitimation, die staatliche Steuerung der Wirtschaft auszubauen und die politische Allokation der Ölrente zu radikalisieren (López Maya 2008: 65-67).

Die Gefahr eines Umsturzes durch von den USA unterstützte Eliten bedeutete für Chávez die

Notwendigkeit, auf regionaler und internationaler Ebene Allianzen aufzubauen. Dementsprechend etablierte Venezuela Partnerschaften mit linksgerichteten Regierungen in Lateinamerika (Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua), mit strategischen Rivalen der USA (China, Russland) und mit weiteren US-feindlichen Staaten (Weißrussland, Iran, Libyen). Außerdem formulierte Chávez einen regionalen Führungsanspruch in Südamerika und forderte so stillschweigend Brasiliens normative Vorstellungen bezüglich der Form regionaler Kooperations- und Integrationsprojekte heraus (Burges 2007). Venezuela übernahm die Führung des ALBA-Bündnisses (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América / Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika), das aus einem bilateralen Abkommen mit Kuba aus dem Jahr 2004 heraus entstanden war und dem sich in der Folge Bolivien, Ecuador und Nicaragua – später auch Honduras unter Zelaya – anschlossen.

Die Jahre zwischen 2002 und 2010 waren eine Phase der Radikalisierung der Bolivarischen Revolution. In der innenpolitischen Auseinandersetzung wurden Oppositionsgruppen als das aggressive und feindliche Gegenüber konstruiert („Marionetten der USA“, „Aristokraten und Feudalherren“, „Putschisten“). Demgegenüber sah die Opposition in der Bolivarischen Revolution lediglich Kommunisten in der Tradition der diktatorischen Systeme des Kalten Krieges am Werk, die es frontal zu bekämpfen galt. Außenpolitisch nutzte Chávez eine scharfe Rhetorik gegenüber den USA und ihren Verbündeten in Lateinamerika (insbesondere Kolumbien unter Präsident Uribe) und setzte der Dominanz der Imperialmacht USA ein Narrativ vom revolutionären Subjekt und seinen Verbündeten gegenüber. Sowohl auf innerstaatlicher als auch auf internationaler Ebene führte dies zu politischer Polarisierung. Die Kooptation strategisch wichtiger Interessengruppen, die Institutionalisierung der Revolution im Staat durch politische Reformen und die Einführung radikaler sozioökonomischer Maßnahmen zur Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung sollten die Konsolidierung der Bolivarischen Revolution gewährleisten.

Demokratische Verfahren, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die politischen Maßnahmen zur Implementierung der Bolivarischen Revolution wirkten sich insbe-

sondere auf die Qualität der venezolanischen Demokratie aus. Politische Restriktionen zur Kontrolle oppositioneller Gruppen wurden eingeführt. Die Institutionalisierung der Bewegung für eine Fünfte Republik (MVR, Movimiento Quinta República, gegründet 1997) unter Chávez durch die Gründung einer politischen Partei im Jahr 2006 – Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas / Partido Socialista Unido de Venezuela – diente der politischen Etablierung des revolutionären Projekts in der gesetzgebenden Versammlung. Begleitet wurden diese Maßnahmen von einem Prozess der Machtakkumulation in der Person des Präsidenten und einer systematischen Schwächung der Legislative. Das 2000 verabschiedete Ley Habilitante (Ermächtigendes Gesetz) beispielsweise sprach dem Präsidenten das Recht zu, ohne legislative Beratung Dekrete zu verabschieden. 2009 wurde die Beschränkung auf zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten des Präsidenten per Referendum aufgehoben (Derham 2010). Aufgrund dieser Veränderungen der demokratischen Spielregeln wird Venezuela inzwischen als Verfahrensdemokratie mit autoritären Zügen eingeschätzt („*procedimental democracy with authoritarian traits*“, so Pereira Almao und Pérez Baralt, 2011: 239).

Die sozioökonomischen Ziele des Bolivarismus waren der Verringerung der Armut im Land verpflichtet. Eine zentrale Maßnahme war der Aufbau von Bolivarischen Missionen in den ärmsten Regionen Venezuelas, ein System von Program-

Tabelle 1: Human Development Index Venezuela (1990-2011)

Jahr	Wert für Venezuela
2011	0,735
2010	0,734
2009	0,732
2008	0,730
2007	0,720
2006	0,706
2005	0,692
2000	0,656
1995	0,646
1990	0,629

Werte von 0 bis 1; 1 als bestmögliche Bewertung.

Quelle: UNDP (2012), online: <<http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/VEN.html>> (26. September 2012).

men, das der Armutsbekämpfung und sozialen Sicherung der Bevölkerung dienen soll. Die Missionen stellen Mittel zur Finanzierung des Wohnungsbaus sowie des Ausbaus der Infrastruktur und der Gesundheitsversorgung bereit. Weiterhin helfen die Programme, alternative Ökonomien auf lokaler Ebene zu etablieren, auf deren Märkten Güter zu geringen Preisen zirkulieren. Die sozialen Programme der Chávez-Regierung haben maßgeblich zur Senkung der Armut in Venezuela beigetragen, wie die Indikatoren des Human Development Index nahelegen (Tabelle 1).

Die Sozialpolitik unter Chávez muss stets auch im Kontext der Legitimierung seines politischen Projekts begriffen werden (Hawkins 2010: 18-19). Die Bereitstellung öffentlicher Güter, besonders für in extremer Armut lebende Menschen, dient Chávez als Instrument, sich seiner Wählerschaft zu versichern und den öffentlichen Diskurs für seine Politik ideologisch auszunutzen.

Nach dem gescheiterten Putsch 2002 forcierte die Regierung Chávez die planwirtschaftliche Umgestaltung Venezuelas. Der Plan Simón Bolívar 2007-2013 hebt die Gründung sozialer Produktionsgesellschaften als wichtigen Bestandteil des revolutionären Wirtschaftens hervor. Dementsprechend wurde nach 2002 die Verstaatlichung der Ölindustrie vorangetrieben. Der staatliche Ölkonzern PDVSA als größte Erdölgesellschaft Lateinamerikas und größter Exporteur Venezuelas fiel 2003 komplett in die Hände des Staates. Die Einkünfte aus der Extraktion natürlicher Rohstoffe führten zu einem beachtlichen Wachstum des BIP um 95 Prozent im Zeitraum von 2003 bis 2008 (Weisbrot 2011: 194-195) und um 73 Prozent von 2006 bis 2011 (The World Bank 2012). Die finanziellen Ressourcen wurden weitgehend in soziale Programme und Infrastrukturprojekte reinvestiert. Die Regierung verschärfte schließlich ihre Fiskalpolitik, erhöhte die Steuern auf Großgrundbesitz und führte die rigorose Verfolgung und Bestrafung von Vertreibung und Landnahme ein. Durch diese ökonomischen und politischen Maßnahmen wurde die Position der Eliten im Land weiter geschwächt.

Herausforderungen für den neuen Präsidenten

Wirtschaftswachstum und Inflation

Gemessen an der der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stellt sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Venezuelas unter der Regierung Chávez positiv dar. Die BIP-Daten verschleiern allerdings die Abhängigkeit der venezolanischen Wirtschaft von der Ölproduktion. Insofern ist hervorzuheben, dass Venezuela im Nahrungsmittelsektor zu einem Importeur geworden ist, obwohl sich die Bolivarische Bewegung explizit die Nahrungsmittelsicherheit als Ziel gesetzt hat. Die Geschichte der venezolanischen Wirtschaft zeigt, dass die meisten Regierungen von der Ölindustrie abhängig waren und deren Einkünfte für politische Ziele genutzt haben. Das Problem der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf die Ressourcenausbeutung ist also keineswegs ein Phänomen der Chávez-Regierung. Jedoch hat sich die Verkettung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffförderung unter Chávez deutlich verschärft. Dies ist für die ökonomische Perspektive besonders gefährlich, weil Verstaatlichung und Enteignung zu einem Rückgang der Förderproduktivität geführt haben. Zudem sind die Profite rückläufig, da Chávez Anteile des geförderten Öls an lateinamerikanische und karibische Partnerstaaten unter dem Preisniveau des Weltmarktes verkauft. Nicht zuletzt werden die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums, der Armutsbekämpfung und des Anstiegs der Kaufkraft durch die hohe Inflationsrate untergraben. Venezuela hat im südamerikanischen Vergleich die höchste Inflationsrate (Tabelle 2). Die Prognose des IWF für 2012 liegt mit 31,6 Prozent erneut über der der vorangegangenen Jahre (IMF 2012).

Tabelle 2: Inflationsrate in Venezuela

Jahr	Variation (%)
2008	30,9
2009	25,1
2010	27,2
2011	27,6

Quelle: Central Bank of Venezuela (2012), online: <www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp> (26. September 2012).

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik gilt als zentrale Stütze der amtierenden Regierung und ist auch Hauptthema im diesjährigen Wahlkampf. Ein bedeutender Faktor für Chávez' Popularität ist seine Politik der Umverteilung, welche zu einer signifikanten Reduzierung der Armut in Venezuela geführt hat. Der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung fiel von 48,6 Prozent im Jahr 2002 auf 27,8 Prozent im Jahr 2010. Der Anteil der Menschen in extremer Armut konnte im gleichen Zeitraum von 22,2 Prozent auf 10,7 Prozent reduziert werden (CEPAL 2011: 215). Die Erfolge der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung werden auch vom Kandidaten der Opposition, Henrique Capriles, nicht in Frage gestellt. Dieser versprach im Wahlkampf, die sozialen Programme fortzusetzen und lediglich Korrekturen, aber keine grundlegenden Reformen vorzunehmen.

Sicherheit und Korruption

Venezuela gilt als einer der unsichersten Staaten in Lateinamerika und hat nach Honduras die höchsten Homizidraten in der Region.² Die fehlende öffentliche Sicherheit wirkt sich enorm negativ auf die individuelle Lebensgestaltung, die gesellschaftliche Entwicklung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus. Die Unsicherheit in der venezolanischen Gesellschaft gilt als größtes Problem und Versäumnis der Regierung Chávez. Daher fokussiert sich der Wahlkampf der Opposition unter Capriles auf dieses Thema. Sein Ziel besteht darin, die betroffenen, überwiegend urbanen Wählerschichten für sich zu gewinnen. Während Capriles Lösungsansätze verspricht, versucht Chávez, die Unsicherheit als Erbschaft aus neoliberalen Zeiten zu erklären.

Hierbei gilt allerdings festzuhalten, dass es Chávez nicht gelungen ist, die Zahl der Homizide zu verringern oder das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung abzubauen. Institutionelle Beschränkungen verhindern eine umfassende Reform der Sicherheitspolitik. Die unzureichende Arbeit der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung krimineller Verstöße kann einerseits auf fehlende Kompe-

tenzen und andererseits auf die hohe Korruption zurückgeführt werden. Eine Mehrzahl der Richter und hohen Beamten wurde auf Grundlage ihrer Loyalität zur Bolivarischen Revolution und nicht aufgrund ihrer Kompetenzen und Qualifikationen ernannt. Die Korruptionsanfälligkeit der Sicherheitsbehörden trägt oft zur Dynamisierung von Gewaltspiralen und zum Anstieg der organisierten Kriminalität bei und führt nicht zur Etablierung von Sicherheit.

Demokratie

Venezuelas politisches System weist trotz seiner formaldemokratischen Struktur autoritäre Wesenszüge auf. Die Bolivarische Revolution hat die politischen Partizipationsmöglichkeiten und das Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt. Obwohl die Opposition das Fehlen demokratischer Grundrechte in die Debatte eingebracht hat, scheint das Thema innerhalb der breiten Bevölkerung kein besonderes Interesse zu wecken. Auch Kandidat Capriles verhielt sich in seiner Kampagne eher zurückhaltend gegenüber dem Thema Demokratie und Menschenrechte. Er überlässt die Kritik anderen Stimmen aus dem Oppositionsbündnis. Dennoch erscheint demokratisches Zusammenleben (*convivencia democrática*) als zentraler Bestandteil in Capriles' Regierungsprogramm.

Chávez' Reaktionen auf nationale und internationale Kritik an der Menschenrechtsslage sind von einer generellen Abwehrhaltung geprägt. Dementsprechend diskreditiert er Berichte bezüglich des Demokratiestandards im Land als verfälscht oder befangen; sie würden lediglich US-amerikanischen Interessen in der Region dienen. Besonders scharf hat die Opposition Chávez' Entscheidung kritisiert, aus dem Interamerikanischen Justizsystem der OAS auszutreten. Chávez' Entscheidung folgte auf eine Publikation des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs, in der die Missstände bei der Achtung grundlegender Rechte in Venezuela aufgezeigt wurden. Der Präsident plädierte für eine Abschaffung des Gerichtshofs, dieser werde der sich neu bildenden Weltordnung nicht gerecht.

Wahlkampf und Meinungsprognosen

In seiner Kampagne ist Hugo Chávez bemüht, das Porträt eines Mannes zu zeichnen, der mit den

² 45,2 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2006; 47,7 im Jahr 2007. Der Höhepunkt wurde 2008 erreicht mit 52 Homiziden pro 100.000 Einwohner. Seit 2009 sind die Zahlen etwas rückläufig: 2009 waren es 49 und 2010 45,1 (UNODC 2012).

Tabelle 3: Meinungsumfragen

Institut	Monat	Chavez (%)	Capriles (%)	Unentschieden (%)
Consultores 21	August 2012	45,9	47,7	6,0
Predimática	Juni 2012	43,9	47,7	4,8
Varianzas	August 2012	49,3	47,2	3,5
VOP consultores	September 2012	53,8	30,2	–
Consultores 30.11	September 2012	57,2	35,7	5,1
Datanálisis	August/ September 2012	49,4	39,0	11,6

Quellen: online: <www.eleccionesvenezuela.com/>, <<http://eleccionespresidenciales2012.blogspot.de/>>, <www.latercera.com/noticia/mundo/2012/09/678-485059-9-capriles-acorta-brecha-con-chavez-y-seubica-a-10-puntos-segun-encuesta.shtml#>> (26. September 2012).

Idealen der Revolution kraftvoll für sein Land kämpft. Man ist bemüht, seine Krebserkrankung aus dem medialen Fokus herauszuhalten, damit kein Hauch von Schwäche oder Zweifel am revolutionären Führer aufkommt.

Capriles dagegen versucht, sich als Kandidat des Wandels zu profilieren, der aber die sozialen Errungenschaften des Bolivarischen Systems nicht antasten will. Er präsentiert das mediale Bild eines starken und vor allem jungen Kandidaten, der bereit ist, sich der Aufgabe der Präsidentschaft zu stellen. Damit möchte er als Gegenentwurf zu einem von Krankheit gezeichneten, schwachen Präsidenten wahrgenommen werden.

Die letzten Monate des Wahlkampfes waren von aggressiver Rhetorik und direkten Beschuldigungen geprägt. Schwer wiegen die Vorwürfe einiger Medien, Chávez werde eine eventuelle Niederlage bei der Wahl am 7. Oktober 2012 nicht akzeptieren und erwäge für diesen Fall den Einsatz revolutionärer Garden. Diese Spekulationen wurden weiter angeheizt, als Chávez mit der Aussage zitiert wurde, dass im Fall seiner Wahlniederlage die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe.

Die zunehmende rhetorische Schärfe der Kontrahenten im Wahlkampf hat zwei Konsequenzen: Erstens spiegelt die Polarisierung (Chávez: „Ich oder das Chaos“) die Spaltung der venezolanischen Gesellschaft wider. Welcher Kandidat auch immer als Sieger aus der Wahl am 7. Oktober 2012 hervorgeht, er wird sich dieser Fraktionierung stellen müssen. Außerdem handelt es sich beim Oppositionsbündnis Koalition für Demokratische Einheit um ein politisch und ideologisch äußerst heterogenes Gebilde, das einzig von der politischen

Gegnerschaft zu Chávez zusammengehalten wird. Ideologisch reicht das Spektrum von äußerst konservativen Kräften bis hin zu basisdemokratischen Aktivisten.

Zweitens scheint absehbar, dass das Wahlergebnis relativ knapp zugunsten des einen oder anderen Kandidaten ausfallen wird. Die neuesten Umfragewerte sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten voraus (Tabelle 3). Für Hugo Chávez wird es folglich die bislang schwierigste Wahl. Gesundheitlich angeschlagen steht er einem Herausforderer mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung gegenüber, der

viele Wählerstimmen aus dem moderat linken Zentrum der Gesellschaft hinter sich weiß.

Derzeit versuchen beide Kandidaten, sogenannte *votos cautivos* für sich zu gewinnen, also die Stimmen derjenigen, die dem jeweils anderen Lager als sicher galten. Hugo Chávez zielt hierbei vor allem auf die Mittelklasse und Henrique Capriles auf die in Armut lebenden Menschen.

Ausblick

Ein Wahlsieg von Henrique Capriles würde die Grundlagen der Bolivarischen Revolution treffen. Auch wenn Capriles Kontinuität in der Sozialpolitik verspricht, würde der venezolanischen Gesellschaft ein tiefgreifender Wandel bevorstehen. Auch außenpolitisch wäre eine Neuorientierung und eine Verschiebung regionaler und internationaler Allianzen zu erwarten. Capriles sähe sich als Präsident drei grundlegenden Herausforderungen gegenüber:

- Zunächst müsste er erreichen, dass die Chávez-loyalen Kräfte seinen Wahlsieg anerkennen,
- zweitens müsste er die internen Differenzen seines politischen Bündnisses überwinden, um einen grundlegenden Konsens und damit die Regierungsfähigkeit der Koalition herzustellen und
- drittens würde er eine Strategie für den Umgang mit der zu erwartenden Fundamentalopposition von Hugo Chávez und seinem politischen Lager benötigen.

Sollte Capriles nach den Parlamentswahlen 2015 mit einer Minderheit im Kongress regieren, hätte er kaum die Möglichkeit, dort entscheidende

Reformen zur Stimulation des Wirtschaftswachstums, zur Inflationsbekämpfung und zur Herstellung der inneren Sicherheit durchzusetzen.

Wird Hugo Chávez für eine weitere Amtszeit wieder gewählt, steht er ebenfalls großen Herausforderungen gegenüber. Hierzu gehören das Fehlen einer personellen Alternative zu Chávez selbst und die ungelöste Frage, wer die Führung der Bolivarischen Bewegung übernehmen könnte, wenn sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechtern sollte. Politisch böte eine erneute Amtszeit Chávez die Möglichkeit, die Revolution noch tiefer zu verankern, was mit einer weiteren Aushöhlung der demokratischen Grundwerte einhergehen könnte. Schließlich wird sich Hugo Chávez auch den substantziellen Herausforderungen seines Landes stellen müssen, die ihn bereits im Rahmen dieser Wahl enorme Sympathie und Unterstützung gekostet haben: innere Sicherheit und Gewalt, Korruption, schwächelndes Wirtschaftswachstum und Inflation.

Literatur

- Burges, Sean (2007), Building a Global Southern Coalition: The Competing Approaches of Brazil's Lula and Venezuela's Chavez, in: *Third World Quarterly*, 28, 7, 1343-1358.
- La Tercera (2012), Capriles acorta brecha con Chávez y se ubica a 10 puntos, según encuesta, online: <www.latercera.com/noticia/mundo/2012/09/678-485059-9-capriles-acorta-brecha-con-chavez-y-se-ubica-a-10-puntos-segun-encuesta.shtml#> (26. September 2012).
- Central Bank of Venezuela (2012), *Información Estadística, Indicadores*, online: <www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp> (26. September 2012).
- CEPAL (2011), *Panorama Social de América Latina*, Santiago: CEPAL, online: <www.cepal.org/publicaciones/xml/1/45171/PSE2011-Panorama-Social-de-America-Latina.pdf> (26. September 2012).
- Derham, Michael (2010), *Politics in Venezuela: Explaining Hugo Chávez*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Hawkins, Kirk (2010), *Venezuela's Chavismo and Populism in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.
- IMF (2012), *World Economic Outlook*, April 2012, online: <www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/index.htm> (26. September 2012).
- López Maya, Margarita (2008), Venezuela: Hugo Chávez y el bolivarianismo, in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 14, 55-82.
- Pereira, Almao, und Pérez Baralt (2011), Venezuela: The Impact of Recent Electoral Processes, in: Daniel Levine und José Molina (Hrsg.), *The Quality of Democracy in Latin America*, Boulder: Lynne Rienner, 221-244.
- The World Bank (2012), *Data, GDP (Current US\$)*, online: <<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?page=1>> (26. September 2012).
- UNODC (2012), *UNODC Homicide Statistics*, online: <www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/homicide.html> (26. September 2012).
- UNDP (2012), *International Human Development Indicators*, online: <<http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/VEN.html>> (26. September 2012).
- Weisbrot, Mark (2011), Venezuela in the Chávez Years: Its Economy and Influence on the Region, in: Thomas Ponniah und Jonathan Eastwood (Hrsg.), *The Revolution in Venezuela: Social and Political Change under Chávez*, Cambridge/London: Harvard University Press, 193-223.

Weitere Webseiten

- Elecciones Presidenciales Venezuela 2012, online: <<http://eleccionespresidenciales2012.blogspot.de/>>.
- Elecciones Venezuela 2012, online: <www.eleccionesvenezuela.com/>.

■ Die Autoren

Dr. Leslie Wehner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und kommissarischer Leiter des Doktorandenprogramms am GIGA. Er ist Mitglied im Forschungsteam „Außenpolitische Strategien im multipolaren System“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 und erforscht internationale Beziehungen Lateinamerikas.

E-Mail: <leslie.wehner@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/wehner>>

Richard Georgi ist studentischer Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und zugleich Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 2. Seine wissenschaftlichen Untersuchungen sind im Bereich Konflikttransformation angesiedelt.

E-Mail: <richard.georgi@giga-hamburg.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Themen außenpolitischer Strategien stehen im Fokus der Forschung im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bodemer, Klaus, und Annegret Mähler (2011), Erdöl als Macht- und Legitimitätsressource – Das Beispiel Venezuela, in: Matthias Basedau und Robert Kappel (Hrsg.), *Machtquelle Erdöl. Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden Baden: Nomos, 193-221.

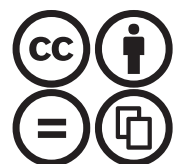
Flemes, Daniel, und Leslie Wehner (2012), *Strategien südamerikanischer Sekundärmächte*, GIGA Focus Lateinamerika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Mähler, Annegret, Gabriele Neußer und Almut Schilling-Vacaflor (2011), *Schwarzes Gold und grüne Ambitionen: Ressourcenpolitik in den Andenländern*, GIGA Focus Lateinamerika, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Wehner, Leslie (2011), Roles and Actions of Leadership: Brazil and the South American Others, in: Nadine Godehardt und Dirk Nabers (Hrsg.), *Regional Powers and Regional Orders*, Abingdon: Routledge, 137-154.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke, Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM